



aus Wiesbaden

Nr. 29– April 2008

*Liebe Genossinnen und Genossen,
nach unserem erfolgreichen Wahlkampf, in dem sich auch die Offenbacher SPD in großer Geschlossenheit und mit hohem Engagement eingesetzt hat, bleibt Roland Koch trotzdem zunächst Ministerpräsident, wenn auch nur geschäftsführend und mit geschrumpfter Regierungsmannschaft. Die Hintergründe haben Euch sicherlich alle in den vergangenen Wochen bewegt. In vielen Diskussionen innerhalb der Partei habe ich mitgenommen, dass der Weg, den Andrea Ypsilanti und die große Mehrheit der Hessischen Partei und Fraktion einschlagen wollten, zwar als nicht frei von Risiken und Hinderungsgründen bewertet wird aber gleichzeitig als alternativlos in einer Situation, in der sich die Liberalen der Diskussion mit uns um eine stabile Mehrheitsbildung verweigert haben. Die Hessische CDU kann kein Koalitionspartner für uns sein, das hat der Landesparteitag am 29. März mit überwältigender Mehrheit bestätigt. Denn es geht nicht nur darum, Roland Koch abzulösen. Es geht darum, das politische System einer Partei abzulösen, die mit Repression, mit dem Schüren von Angst und mit unlauteren Mitteln ihren Machterhalt sichern wollte. Und es geht vor allem um die Umsetzung unseres Programms, das mit dem der CDU nicht kompatibel ist. Die nächsten Monate werden zeigen, wie erfolgreich wir die parlamentarische Arbeit unter einer geschäftsführenden Regierung gestalten können. Den Regierungsanspruch haben Andrea und die Hessische SPD nicht aufgegeben, denn unser Wahlkampfeslogan bleibt weiterhin richtig: Die Zeit ist reif!*

Eure

Heike Habermann

Wenn zwei dasselbe tun...

...ist es noch lange nicht das Gleiche – zumindest nicht in der Bewertung der Presse. Während die Bereitschaft von Andrea Ypsilanti mit der Linken in Gespräche über eine Tolerierung einer Minderheitsregierung einzutreten, als Totalschaden ihrer Integrität bewertet wurde, ist es Roland Koch erlaubt, die Grünen (und uns) im Wahlkampf in übelster Weise zu verteufeln und jetzt um ihre Gunst zu buhlen. Was bei Andrea Ypsilanti als Verlust der Glaubwürdigkeit gebrandmarkt wird, ist bei Roland Koch Ausdruck einer klugen und staatsmännischen Haltung. Offensichtlich geht es nicht nur um die Werte einer glaubwürdigen und sauberen Politik. Sonst könnte ohnehin niemand mehr die Mimikry des geläuterten Ministerpräsidenten ernst nehmen. Es geht auch um die Angst, eine Mehrheit der Wählerstimmen links von CDU und FDP werde in den westdeutschen Flächenländern kein Phänomen der Hessenwahl bleiben. Hessen ist wie bei den Geburtsstunden der Grünen die erste Bühne, auf der über ein neues Zusammenspiel nachgedacht wird. Nicht viele

Medienvertreter gehen an diese Premiere offen heran. Aber stattdessen die schwarz-grüne Zusammenarbeit herbei zu schreiben wird ein schwieriges Unterfangen.

Studieren ohne Gebühren

Ab dem Wintersemester werden die Studiengebühren in Hessen wieder abgeschafft. Die Hochschulen müssen dennoch nicht auf die ausfallenden Einnahmen verzichten – diese werden aus dem Landeshaushalt erstattet. Dies legt ein Gesetzentwurf von SPD und Bündnis 90/Die Grünen fest, der im April in den Hessischen Landtag eingebracht wurde. Da das Parlament nicht über ein eigenständiges Haushaltsrecht verfügt, sind neue kostenintensive Projekte nur schwierig zu realisieren. Eine Rückzahlung der bisher von den Studierenden entrichteten Studiengebühren ist deshalb nicht möglich. Das vorgelegte Gesetz ist die erste Umsetzung eines zentralen Wahlversprechens der Hessischen SPD. Studieren muss wieder unabhängig vom Geldbeutel der Eltern möglich sein.

Was so alles geschieht

In den nächsten Monaten wird es darum gehen, möglichst viele Eckpunkte unseres Programms aufzugreifen und mit parlamentarischen Mehrheiten auch umzusetzen. Unsere ersten Initiativen sind aus dem 100-Tage-Programm entnommen:

- Wir fordern die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder
- Die Unterrichtsgarantie Plus wird abgeschafft und durch ein Konzept für verlässliche Schule ersetzt. Die Schulen können die zur Verfügung stehenden 30 Millionen in eigener Verantwortung verwenden.
- Die Möglichkeit der Querversetzung wird zurück genommen.
- Die Richtwerte für Schulstandorte werden aufgehoben.
- Die Möglichkeit einer Beteiligung der Eltern an den Schülerbeförderungskosten wird aufgehoben.
- Die Landesregierung wird beauftragt, beantragte Gesamtschulen zu genehmigen.
- Betreutes Wohnen bleibt Aufgabe des Landeswohlfahrtsverbandes.
- Das Sparkassengesetz wird novelliert mit dem Ziel, die Struktur der kommunalen Sparkassen zu erhalten.



Aber das Ziel bleibt, die Grundlagen für eine regierungsfähige Mehrheit zu schaffen. Eine geschäftsführende Regierung Koch ohne Mehrheit ist zwar in den Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt aber nicht machtlos. Untote sind bekanntlich besonders widerstandsfähig...

Vom Eckigen ins Runde

Unter diesem Motto lässt sich der neue Plenarsaal im Hessischen Landtag gut charakterisieren. Denn auf der Grundfläche des alten Plenums sitzen sich Parlament und Regierung nicht mehr frontal gegenüber. Fraktionen und Regierungsbank fügen sich in einen harmonischen Kreis.

Schließlich etwas näher manchmal auch im Monaten so meint



Ob die Debatten deshalb harmonischer werden, kann bezweifelt werden. Schließlich hat der Kreis auch dazu geführt, dass alle Fraktionen räumlich aneinandergerückt sind. Alle haben sich gegenseitig im Blick – Visier. Es ist zu erwarten, dass dieses Visier in den nächsten manches Mal zugeklappt wird


Heike Habermann